

Kleindienst, Thekla: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik.

Herder-Institut, Marburg 2009, 434 S. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 22).

Die Aufarbeitung der Geschichte der eigenen Disziplin hat im deutschsprachigen Wissenschaftsbetrieb in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Publikationen hervorgebracht, deren Fokus zumeist auf der Zeit des Nationalsozialismus und der Frage nach Brüchen und Kontinuitäten über das Jahr 1945 hinaus lag. Mit besonderer Schärfe stellten sich diese Fragen für den Bereich der Ost(europa)forschung, war das östliche Europa doch primärer Schauplatz des deutschen Besatzungs- und Vernichtungskrieges, den nicht wenige Experten für den „deutschen Osten“ mit ihren Kenntnissen unterstützten. Vergleichsweise gering ist unser Wissen hingegen nach wie vor über die Entwicklungen, die das Fach unter bundesrepublikanischen Vorzeichen nahm. Einen wichtigen Fortschritt stellte in dieser Hinsicht die 2007 erschienene Studie von Corinna Unger dar, in der diese, ausgehend von der Forschungsförderungspolitik der DFG, die (Re)Strukturierung der Ostforschung samt ihres personellen, institutionellen und konzeptionellen Wandels bis zum Beginn der

1970er Jahre untersuchte.¹ Die nun vorliegende Druckfassung der von Thekla Kleindienst an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock verfassten Dissertation weitet den Untersuchungsrahmen noch einmal aus, indem sie die Zeit bis in die 1990er Jahre in den Blick nimmt. Sie umreißt damit ein weites Feld, das von den Bemühungen um den Wiederaufbau einer institutionell am Boden liegenden Disziplin nach 1945 bis zu den Diskussionen um das vermeintliche Ende der Osteuropäischen Geschichte nach der Blockkonfrontation reicht.

In Anbetracht dieses umfangreichen Vorhabens ist es nachvollziehbar, dass die Verfasserin den zur Debatte stehenden Gegenstand eingrenzt, sich auf zentrale Einrichtungen der außeruniversitären Ost(europa)forschung beschränkt und die Entwicklung an den Hochschulen ebenso außer Acht lässt wie die Fachgeschichte in der DDR. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht die Frage des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, wobei sie diese Pole nicht als in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehend begreift, sondern im Anschluss an Mitchell G. Ash als zwei Ressourcen, die sich gegenseitig mobilisieren. Es geht Kleindienst also darum, das Maß von Agieren und Reagieren im Wechselspiel beider Seiten zu bestimmen, und damit um die Beantwortung der Frage, inwieweit die Veränderungen, die sich über den Beobachtungszeitraum hinweg konstatieren lassen, einem der Osteuropaforschung immanenten „Erneuerungspotential“ (S.13) zuzuschreiben sind oder ob sie vielmehr in erster Linie Folge politischen Drucks waren.

Die diachrone Perspektive der Arbeit konzentriert sich auf drei inhaltlich gut begründete Schwerpunkte: die Zeit des (Wieder)Aufbaus Ende der 1940er und in den 1950er Jahren, die Phase des Wandels in den 1960er und 1970er Jahren sowie die Zeit der Transformation und Neuorientierung in den 1990ern. Die Frage des Wechselverhältnisses von Wissenschaft und Politik wird hierbei auf verschiedenen Ebenen beleuchtet: der institutionellen Entwicklung, der Frage der zugrundeliegenden Forschungskonzepte sowie hinsichtlich des Einflusses individuellen Handelns und personeller Netzwerke. Alles dies erfolgt auf Basis umfangreicher Literatur- und Archivstudien sowie einer Reihe von Gesprächen, welche die Verfasserin mit beteiligten Akteuren geführt hat.

Welche neuen Erkenntnisse lassen sich nun bei der Lektüre des Buches gewinnen? Hinsichtlich der ersten Untersuchungsphase, der (Re)Institutionalisierung in den Nachkriegsjahren, werden vor allem die bereits aus anderen, zumeist biografischen Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse bestätigt: Sowohl unter den Ostforschern als auch auf Seiten der politisch Verantwortlichen dominierte ein mehrheitlich geteiltes Interesse, an alte Strukturen anzuknüpfen und diese mit kaum veränderten Konzepten an neuen Orten wiederaufzubauen. Zwar gab es hier wie dort zahlreiche widerstreitende Interessen um die Verteilung der begrenzten finanziellen Mittel – an der grundsätzlichen Notwendigkeit, den fortdauernden Anspruch auf den verlorenen „deutschen Osten“ zu legitimieren sowie eine „Abwehrfront“ gegen die Sowjetunion aufzubauen, wurde jedoch nur sehr vereinzelt Kritik geübt. Sichtbare Ergeb-

¹ Unger, Corinna: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945-1957. Stuttgart 2007.

nisse dieser weitgehenden Interessenkongruenz zwischen Wissenschaft und Politik waren Institutionen wie das Johann-Gottfried-Herder-Institut samt gleichnamigem Forschungsrat in Marburg, mehrere Standorte in München wie etwa das Osteuropa-Institut und das Collegium Carolinum sowie ab Mitte der 1950er Jahre die Bemühungen um ein Institut für Sowjetkunde, aus denen das spätere Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) hervorging.

Dieses Bild änderte sich in den folgenden Jahrzehnten. Die neue Ostpolitik Willy Brandts veränderte die Rahmenbedingungen der Erforschung „des Ostens“, traf jedoch auf eine wissenschaftliche Gemeinschaft, die trotz des Nachrückens einer neuen Forschergeneration aufgrund stark wirksamer Lehrer-Schüler-Loyalitäten kaum zu Veränderungen an ihren Konzepten bereit war. Dementsprechend verschob sich der Anteil des Agierens zunehmend in Richtung der Politik, auch wenn Kleindienst überzeugend zeigen kann, wie groß auch hier auf Ebene der Ministerialbeamten teilweise die Widerstände waren und dass es erst eines Gutachtens des Bundesrechnungshofes 1974 bedurfte, um finanzielle und institutionelle Reformen tatsächlich einzuleiten.

Die Herausforderungen, die die weltpolitischen Veränderungen ab 1989 an die Disziplin stellten, waren nicht geringer. Im Gegensatz zu den Jahrzehnten zuvor kann jedoch konstatiert werden, dass nun auch die Osteuropaforschung selbst auf den Umbruch reagierte und wiederholt Debatten über ihr Selbstverständnis unter neuen Vorzeichen initiierte. Diese lassen sich als Zeichen einer weitgehenden Abkehr vom starren Festhalten an alten Konzepten und als Fähigkeit zu größerer Offenheit deuten. Zugleich war man so, wie Kleindienst zeigt, deutlich besser in der Lage, auf weitergehende Einsparungspläne seitens der Politik zu reagieren und damit zumindest den Großteil des institutionellen Bestands bis in die Gegenwart hinein zu sichern.

Die Geschichte der deutschen Ost(europa)forschung ist aufs engste mit den politischen Zeitläufen verknüpft, das macht die Arbeit von Thekla Kleindienst noch einmal überzeugend deutlich. An mancher Stelle verliert sie sich ein wenig im Detail, und die erst gegen Ende des Buches angestellten Überlegungen zur Ost(europa)forschung als einem Modell wissenschaftlicher Politikberatung hätten als analytischer Rahmen besser am Anfang gestanden. Insgesamt deckt die Studie aber eine institutionelle und zeitliche Breite ab, die den bisherigen Forschungsstand deutlich verbessert. Zudem bietet sie, auch in Form eines umfangreichen Anhangs, eine Vielzahl von Daten, die für zukünftige Arbeiten zweifellos von großem Nutzen sein werden. Mögliche Anknüpfungspunkte lägen hierbei etwa bei einer Einbeziehung der universitären Osteuropaforschung, deren Rolle für die sukzessive Abkehr von der Ostforschung noch genauer zu bestimmen ist, wie auch bei der Entwicklung des Faches in der DDR sowie den ost- und westdeutschen Wechselwirkungen, denkt man beispielsweise an die Kampagne gegen die (Re)Institutionalisierung der Ostforschung in den 1950er und 1960er Jahren. Auf dem Weg zu solchen Erweiterungen des Blickfeldes stellt Thekla Kleindiensts Arbeit einen wichtigen und gelungenen Schritt dar.